

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in der Schweiz im internationalen Vergleich gering ist, nimmt der Bundesrat die Arbeitsmarktlage nicht auf die leichte Schulter. Denn der Betroffene hat mit ähnlichen persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Problemen zu kämpfen wie in Ländern, in denen das Heer der Arbeitssuchenden Millionenstärke aufweist. Im kurzfristigen Bereich erachtet der Bundesrat die mit der Arbeitslosenversicherung gegebenen Möglichkeiten als hinreichend. Sie ermöglicht sowohl die sozialpolitisch notwendige materielle Absicherung als auch die Durchführung von Präventivmassnahmen. Diese umfassen insbesondere die finanzielle Unterstützung von Weiterbildung- und Umschulungskursen und von Beschäftigungsprogrammen sowie zur Ausrichtung von Einarbeitungszuschüssen. Ferner darf auf die besonderen Regelungen zugunsten von Problemregionen und -gruppen verwiesen werden.

Der Bundesrat ist gleichzeitig der Überzeugung, dass eine Reduktion der Arbeitslosigkeit längerfristig nur erreicht werden kann, wenn zukunftsfruchtige und neue, attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden können und sich die Flexibilität des Arbeitsmarktes erhöht. Sie reicht von der Lohnfindung über die Mobilität der Arbeitskräfte bis zu den Arbeitszeitformen. Der Bundesrat ist bemüht, arbeitsmarktliche Voraussetzungen zu schaffen, die sowohl das Errichten neuer Arbeitsplätze erleichtern als auch die Flexibilität des Arbeitsmarktes vergrössern. Er hat in seiner Botschaft zur Ferieninitiative die wirtschaftspolitischen Aspekte von Arbeitszeitverkürzungen eingehend gewürdigt (BBI 1982 III 224). Gemäss unserer Wirtschafts- und Staatsauffassung kommt aber neben dem Bund auch den Sozialpartnern und den Kantonen in diesem Bereich eine wichtige, oft die entscheidende Bedeutung zu. Im übrigen ist der Bundesrat überzeugt, dass die schweizerische Wirtschaft – dank dem Anpassungswillen der Unternehmer und der Anpassungsbereitschaft der Arbeitnehmer – die durch raschen Technologiewandel und veränderte Weltmarktverhältnisse verursachten Probleme zu lösen vermag.

Der Bundesrat erachtet zurzeit neue Massnahmen als ungeeignet, die Beschäftigungslage kurzfristig zu verbessern. Nachfragestützende Vorkehren fallen angesichts der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit ausser Betracht. Die im März 1983 beschlossenen Ankurbelungsmassnahmen brachten eine willkommene und gesamtwirtschaftlich erwünschte Stützung der Binnennachfrage, die etwa ab Mitte 1984 durch ein Anziehen der Auslandnachfrage abgelöst wurde. Diese Politik vermochte einer weiteren Zunahme der konjunkturellen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Angesichts dieser Lagebeurteilung misst der Bundesrat der Bildung und Forschung als wichtigsten Wachstumsquellen grosse Bedeutung bei. So wendet der Bund namhafte Beiträge für diese beiden Bereiche auf. Zusätzlich zu diesen unbestrittenen Daueraufgaben hat der Bund mit den beiden Impulsprogrammen Sondermassnahmen zur Förderung der technologischen Entwicklung und Ausbildung ergriffen. Vor kurzem hat sodann der Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte eine Botschaft über einen Rahmenkredit im Betrage von 150 Millionen Franken zur Förderung der praxisorientierten Forschung verabschiedet (BBI 1985 I 933). Einen weiteren Beitrag zur mittelfristigen Sicherung bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze sieht der Bundesrat im Instrument der steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven und in der Förderung des Risikokapitals, wie sie mit der Innovationsrisikogarantie vorgeschlagen wurde.

Die Förderung der technologischen Entwicklung und Ausbildung allein genügt indes nicht. Um regionale Disparitäten abzubauen, und angesichts der unterschiedlichen regionalen Arbeitsmarktentwicklung hat der Bund das regionalpolitische Instrumentarium ausgebaut. Mit der im letzten Jahr beschlossenen Verstärkung dieser Massnahmen soll den arbeitsmarktpolitischen Problemgebieten geholfen werden. Die Unterstützung von technologisch und arbeitsmarktlich besonders interessanten Projekten hat zur Diversifikation von einseitig auf einen Industriezweig ausgerichteten Regionen beizutragen. Auch die Förderung des Infrastrukturaus-

baus in Berggebieten hilft letztlich, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 9 werden die Mechanismen und die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft wissenschaftlich untersucht. Ein Teilprogramm beschlägt auch den Arbeitsmarkt. Dieses Programm soll noch dieses Jahr abgeschlossen werden und insbesondere den Trägern der Wirtschaftspolitik zusätzliche Entscheidungshilfen liefern. Weitere Erkenntnisse für die Umsetzung wirtschaftspolitischer Massnahmen können aus dem Programm 6 (Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie) erwartet werden. Schliesslich wird der Bundesrat auch die Resultate des Forschungsprogramms über «Regionalprobleme» auswerten. Die künftige Beschäftigungsentwicklung bildet ferner Gegenstand weiterer Untersuchungen, die vom BIGA selbst oder von beauftragten Dritten durchgeführt werden.

Die vom Interpellanten unter Punkt 6 gestellte Frage lässt sich nicht generell beantworten. Im Grundsatz besteht keine Alternative zu einer gesunden Umwelt. Sie ist die Voraussetzung zur Sicherung unserer Zukunft. Ein qualitativ orientiertes Wachstum wird in längerfristiger Sicht sowohl einen Beitrag zu aktivem Umweltschutz als auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. In diesem Sinne schliessen sich Umweltschutz und Wachstum nicht gegenseitig aus, sondern müssen zur gewollten Einheit werden.

Die Grenzen der Umweltbelastung für beschäftigungspolitische Massnahmen sind um so enger, je grösser die Vorbelastung der Umwelt ist und je umweltbelastender neu geschaffene Arbeitsplätze sind. Diese Grenzen werden durch die Realisierung vorgesehener Umweltschutzmassnahmen gemäss Umweltschutzgesetz ausgeweitet. Innerhalb genügend grosser Anpassungsfristen wird die bestehende Belastung reduziert werden müssen. Die durch neu geschaffene Arbeitsplätze entstehenden Emissionen sind gemäss dem neuesten Stand der Technik zu begrenzen. Die Einhaltung dieser Auflagen ist eine ganz konkrete Rahmenbedingung für die Beschäftigungsentwicklung. Je stärker die bestehende Umweltbelastung reduziert werden kann und je besser es gelingt, möglichst saubere und zukunftsfruchtige Arbeitsplätze zu schaffen, desto grösser wird der umweltpolitische Spielraum für eine positive Beschäftigungsentwicklung.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

Mehrheit
Minderheit

85.405

Interpellation Carobbio

Radio Jura Bernois. Abbruch der Sendungen

Radio Jura Bernois.

Interruption des émissions

Wortlaut der Interpellation vom 21. März 1985

Der Verein «Radio Jura Bernois» (RJB) hat am 20. Juni 1983 vom Bundesrat die Bewilligung erhalten, im Rahmen eines Lokalradioversuchs eigene Programme auszustrahlen. Der Vereinsvorstand, der Konzessionsnehmer, hat am 14. März 1985 beschlossen, die Sendungen für einen bis drei Monate zu unterbrechen und drei professionelle Mitarbeiter der Radioequipe (darunter den verantwortlichen journalistischen Mitarbeiter) fristlos und ohne sie vorher anzuhören zu entlassen.

Grund der Entlassungen und des Sendeunterbruchs sind politische Pressionen, wiewohl der Vorstand dies nicht wahrhaben will. Wir fragen deshalb den Bundesrat: Ist er im

voraus über den harten Beschluss des Vorstandes von RJB unterrichtet worden, und, wenn ja, hat er sein Einverständnis zu dem vom Vorstand gewählten Schnellverfahren gegeben?

Für den Fall, dass es nicht so war, gestatten wir uns folgende Fragen:

1. Entspricht das Vorgehen des Vorstandes von RJB dem Sinn und Geist der Sendebewilligung, die der Bundesrat erteilt hat?
2. Billigt es der Bundesrat, dass ein PTT-Beamter die Antenne am 15. März 1985, um 19.10 Uhr, abgeschaltet hat, obwohl die Sendung erst um 20 Uhr zu Ende gegangen wäre?
3. Kann der Bundesrat den PTT-Beamten in Schutz nehmen, der – ebenfalls am 15. März 1985 – vor Ende der programmierten Sendungen die Telefonleitung der Redaktion unterbrochen hat?
4. Welche Bedingungen wird der Bundesrat an die Wiederaufnahme der Sendungen knüpfen, um für die Zukunft den politischen Druck zu verhindern, dessen Opfer die professionellen Mitarbeiter von RJB offensichtlich geworden sind?
5. Welche Klagemöglichkeiten und Rechtsmittel haben in solchen Fällen die Hörer von Lokalradios?

Texte de l'interpellation du 21 mars 1985

La «Société de radio Jura bernois» (RJB) a reçu, le 20 juin 1983, du Conseil fédéral l'autorisation d'émettre à titre d'essai un propre programme local de radio dans le sud du Jura. Le comité de l'association, bénéficiaire de cette concession, a décidé, le 14 mars dernier, d'interrompre, pour une durée de un à trois mois ses émissions et de licencier, avec effet immédiat et sans procédure préalable, trois professionnels (dont le journaliste responsable) de l'équipe d'animation de la radio.

Contrairement aux démentis du comité en question, des pressions politiques sont à l'origine de ces licenciements et de cette interruption des émissions. Nous demandons en conséquence au Conseil fédéral s'il a été informé préalablement des décisions brutales du comité de la RJB et si, le cas échéant, il a donné son accord à la procédure expéditive adoptée par ledit comité.

Si tel n'a pas été le cas, nous nous permettons de poser les questions suivantes:

1. La procédure suivie par le comité de la RJB est-elle conforme à la lettre et à l'esprit de l'autorisation d'émettre octroyée par le Conseil fédéral?
2. Le Conseil fédéral approuve-t-il le fait qu'un fonctionnaire des PTT ait coupé l'antenne, le 15 mars 1985, à 19 h. 10, alors que l'émission devait se terminer normalement à 20 heures?
3. Le Conseil fédéral peut-il en outre couvrir le fonctionnaire des PTT qui, le 15 mars 1985 également, a bloqué le téléphone de la rédaction de la RJB avant la fin des transmissions programmées?
4. Quelles conditions le Conseil fédéral mettra-t-il à la reprise des émissions de la RJB pour éviter à l'avenir les pressions politiques dont manifestement les professionnels de cette radio locale ont été les victimes?
5. Quels sont enfin, dans des affaires semblables, les moyens de plainte et de recours à disposition des auditeurs des radios locales?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Christinat, Deneys, Friedli, Herczog, Jaggi, Longet, Magnin, Pitteloud, Ruffy, Vannay (10)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 29. Mai 1985

Rapport écrit du Conseil fédéral du 29 mai 1985

1. Conformément à l'article 20, 2^e alinéa, de l'ordonnance sur les essais locaux de radiodiffusion (OER), le diffuseur ne peut interrompre l'essai auquel il participe qu'avec le consentement du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie (DFTCE). Le 8 mars 1985, la Société de Radio Jura bernois (SRJB), en sa qualité de diffuseur, a effectivement demandé l'autorisation de suspendre les émissions à partir de la mi-mars, pour une durée de trois mois au plus.

En l'occurrence, le DFTCE devait seulement examiner si les motifs invoqués (renvoi de trois collaborateurs occupant un poste à responsabilité) touchaient, voire enfreignaient l'OER et l'autorisation de procéder à l'essai. Il est apparu que ce n'était pas le cas, car le fait de congédier du personnel est une mesure strictement interne, sur laquelle l'autorité de surveillance n'a pas à se prononcer.

La SRJB a en outre démontré de façon plausible qu'en l'espèce les émissions ne peuvent pas être assurées sans discontinuité. Par lettre du 13 mars 1985, le DFTCE l'a informée qu'il agréait une interruption de trois mois, mais en précisant expressément que l'autorité de surveillance ne se prononce pas sur les mesures envisagées par la SRJB.

2. Selon l'article 42 de l'ordonnance (3) relative à la loi réglant la correspondance télégraphique et téléphonique, l'abonné peut en principe faire bloquer son raccordement pour une brève période; il lui suffit de le demander oralement. Il en va de même pour les lignes de modulation. La SRJB a demandé, tant par écrit qu'oralement, à la Direction d'arrondissement des télécommunications de Bienne, de bien vouloir bloquer pour trois mois les lignes de modulation louées ainsi que le raccordement téléphonique. L'opération a été effectuée réglementairement à la date souhaitée, à savoir le 15 mars 1985.

3. Dès qu'elle aura repris ses émissions, Radio Jura bernois devra bien entendu continuer à respecter les dispositions de l'OER et de l'autorisation de procéder à l'essai, qui lui a été octroyée par le Conseil fédéral le 20 juin 1983.

4. En pareil cas, l'auditeur ne dispose d'aucun moyen de plainte ni de recours.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

Minderheit
Mehrheit

85.388

Interpellation der LdU/EVP-Fraktion Verkehr am Gotthard Interpellation du groupe AdI/PEP Trafic au Gotthard

Wortlaut der Interpellation vom 18. März 1985

Der Güterverkehr auf der N 2 durch den Gotthard wächst in beängstigendem Ausmass.

Diese Entwicklung ist für unsere Umwelt und die Ertragskraft der Bahnen nicht mehr zu verantworten. Sofort wirk-same Massnahmen drängen sich auf. Dazu gehört in erster Linie ein attraktiver kombinierter Verkehr der Bahnen, der gewährleistet, dass der Güterverkehr auf der Strasse nicht mehr weiter zunimmt.

Das Dienstleistungsangebot der Hupac SA in Chiasso, welche den kombinierten Verkehr im Transit durch unser Land ausschliesslich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien

Interpellation Carobbio Radio Jura Bernois. Abbruch der Sendungen

Interpellation Carobbio Radio Jura Bernois. Interruption des émissions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.405
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1294-1295
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 548

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.